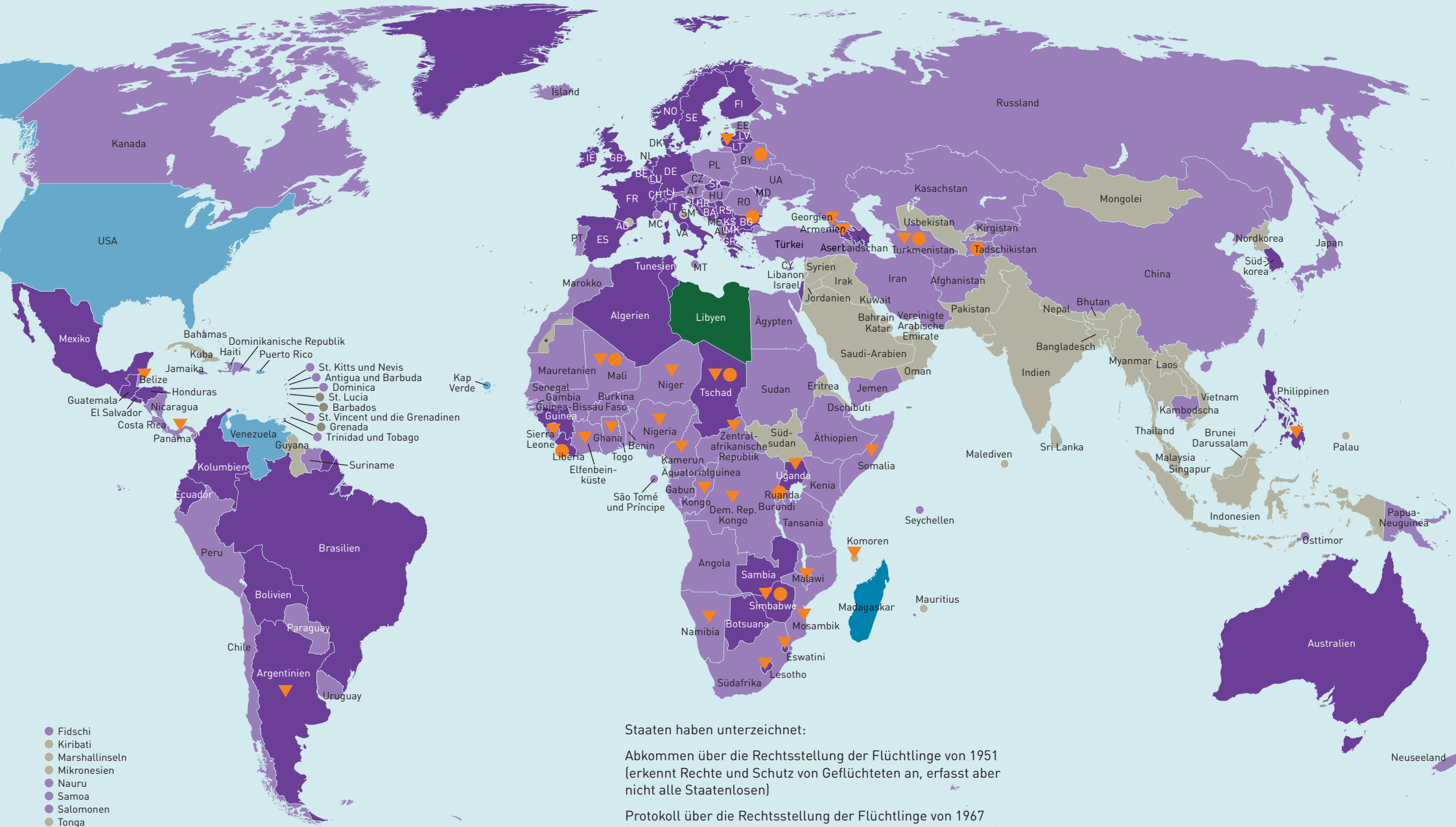


DIE STAATLICHE SEITE DER STAATENLOSIGKEIT

Mitgliedsländer der Vereinten Nationen, die die bedeutendsten internationalen Abkommen zum Schutz von Staatenlosen unterzeichnet haben, und Länder, die mit neuen Initiativen das Schicksal von Staatenlosen verbessern wollen

AD Andorra	CY Zypern	GR Griechenland	LV Lettland	PT Portugal
AL Albanien	CZ Tschechien	HR Kroatien	MC Monaco	RO Rumänien
AT Österreich	DE Deutschland	HU Ungarn	MD Moldavien	RS Serbien
BA Bosnien und Herzegowina	DK Dänemark	IE Irland	ME Montenegro	SE Schweden
BE Belgien	EE Estland	IT Italien	MK Nordmazedonien	SI Slowenien
BG Bulgarien	ES Spanien	KS Kosovo	MT Malta	SK Slowakei
BY Belarus	FI Finnland	LI Liechtenstein	NL Niederlande	SM San Marino
CH Schweiz	FR Frankreich	LT Litauen	NO Norwegen	UA Ukraine
	GB Großbritannien	LU Luxemburg	PL Polen	VA Vatikanstadt



- Fidschi
- Kiribati
- Marshallinseln
- Mikronesien
- Nauru
- Samoa
- Salomonen
- Tonga
- Tuvalu
- Vanuatu

Staaten haben unterzeichnet:

Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 (erkennt Rechte und Schutz von Geflüchteten an, erfasst aber nicht alle Staatenlosen)

Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 (hebt Begrenzungen auf die Zeit vor 1951 und auf Europa auf)

- beide
- nur das Protokoll
- zusätzlich: Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954 (definiert Staatenlosigkeit als Status, erkennt besondere Schutzbedürftigkeit als Ausländer*in an)
- Madagaskar: unterzeichnete nur das Abkommen von 1951
- Libyen: unterzeichnete nur das Übereinkommen von 1954
- Nichtunterzeichner

Staaten haben zugesagt:

Selbstverpflichtungen auf dem hochrangigen Treffen beim UNHCR in Genf zur Halbzeit der IBelong-Kampagne gegen Staatenlosigkeit, Oktober 2019, Auswahl

- Studien
- Volkszählungen

*Westsahara (kein UN-Mitglied)